

# **SPD** demokratischer pressediens

P/XXXII/83

2. Mai 1977

**Kreuth wirkt nach**

---

**Strauß-Diktat ist ein größeres Übel als Verzicht auf Entscheidungen**

Von Helmuth Becker MdB  
Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 1 und 2 / 67 Zeilen

**Explosion findet nicht statt**

---

**Anmerkungen zu einer "Erthüllung" des "Spiegel"**

Von Norbert Gensel MdB  
Übmann der Landesgruppe Schleswig-Holstein der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 3 und 4 / 58 Zeilen

**Der Ruf nach Neuwahlen ist keine Alternative**

---

**In Berlin wie in Bonn hat die CDU außer Machtgelüsten nichts zu bieten**

Seite 5 und 6 / 46 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Herausgeber: P-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 120 403  
Postbus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 31 66 12-00  
Telefax: 66 66 612-45 ppen d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölner Straße 106-112, Telefon: 37 66 11  
5300 Bonn-Bad Godesberg

Kreuth wirkt nach  
-----

Strauß-Diktat ist ein größeres Übel als Verzicht auf Entscheidungen

Von Helmuth Becker MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion

Was die CDU-Führung vom inneren Zustand der formalen Einheit CDU/CSU hält, ist auf überraschende Weise deutlich geworden. Die neueste Ausgabe des Mitteilungsblattes der CDU-Mitglieder, "Deutsches Monatsblatt", macht mit einem für CDU-Verhältnisse drastischen Appell des Generalsekretärs Geissler auf. "Vor der Union liegt kein leichter Weg. Wir müssen nicht nur die Einheit der Union bewahren...", heißt es da.

Als erster Punkt der Aufgaben der CDU wird genannt: "Es gibt keinen vernünftigen Grund, die politische Einheit der Union aufs Spiel zu setzen. Die politische Einheit der Union muß vielmehr gewahrt werden." Offenbar geht es im inneren Führungskreis der CDU gar nicht mehr um die Frage der organisatorischen Einheit der CDU/CSU. Hat Strauß bereits klar gemacht, daß der Bruch eine Frage des opportunen Zeitpunktes und Vorwandes ist? Dann wäre bestätigt, was bereits aus den mit Kreuth zusammenhängenden Dokumenten geschlossen werden konnte: Daß die CSU die CDU zu ihrer Politik pressen will und selbst bei vollständigem Gehorsam der CDU-Führung sich die organisatorische Trennung vorbehält.

Der Anlaß, den Strauß als Vorwand für seine Absichten benutzen dürfte, geht aus dem zweiten Punkt des Geisslerschen Appells hervor: "Die historische Frage, die mit der politischen Einheit der Union verbunden ist, wird in ihrem ganzen Ausmaß erkennbar, wenn wir an die anstehenden Europawahlen denken." Doch fragt man sich angesichts der nachfolgenden Sätze, ob die CDU mittlerweile auf die Strauß-Linie des europaweiten Kreuth eingeschwenkt ist. Geissler schildert in ihnen, daß in den vergangenen Jahren der Anteil der Christlich-Demokratischen Fraktion im Europa-Parlament von 45 bis auf 30 Prozent gesunken sei. Diesen Trend müsse man umkehren. Dies sind genau die

"Argumente", mit denen Strauß seine Sammlungsbewegung betreibt, die auch noch die reaktionärsten Fossilien Europas einbeziehen soll: Junta-Anhänger in Griechenland, Francisten in Spanien, Stützen der ehemaligen portugiesischen Diktatur, um nur einige Beispiele zu nennen.

Zugleich versucht Geissler in dem Appell, daß die CDU die Fenster öffnet und die Wirklichkeit endlich zur Kenntnis nimmt: "Meinungsverschiedenheiten und Konflikte sollten wir für unsere Partei fruchtbar machen." Das wird freilich erst glaubwürdig werden, wenn die CDU aufhört, das innere Ringen der parteipolitischen Gegner um die notwendigen Antworten auf die Probleme der Gegenwart in Handlungsunfähigkeit und Zerstrittenheit umzuflüchten. Und dazu gehört auch, daß sich die CDU zum Beispiel in den Fragen der Energieversorgung zum Forum der kritischen Fragen der Öffentlichkeit macht, anstatt die SPD zu verleumden und sich im Übrigen erst zur Sache äußern zu wollen, wenn die Debatte ausgestanden ist.

Das jüngste Beispiel querulatorischer Opposition dürfte die Absage von Strauß und Kohl auf die Einladung des Bundeskanzlers zu einem Gespräch über die sicherheitspolitischen Erfordernisse angesichts der Entwicklung in der terroristischen Szene sein. Der Hintergrund dieser Absage ist nicht vollständig geklärt. Aber die bisher erhörtlichen Andeutungen sprechen dafür, daß Strauß seinen Kollegen Kohl vor vollendete Tatsachen gestellt hat und diesem nur die Wahl zwischen zwei peinlichen Alternativen ließ: Entweder ein weiteres Mal zu kapitulieren oder in der Union als der dazustehen, auf den es erst in zweiter Linie, wenn überhaupt, ankommt.

Zum offenen Dialog mit den unterschiedlichen Meinungen der Öffentlichkeit fehlen der CDU wohl seit Jahren die Voraussetzungen. Wie sonst könnte Geissler die Selbstverständlichkeit derart hervorheben, daß Entscheidungen "solidarisch vertreten werden"? Dafür sei, so Geissler, "Voraussetzung, daß die politischen Führungsgremien den Mut haben, auch in den eigenen Organisationen zu Mehrheitsentscheidungen zu kommen". Also muß es wohl der CDU/CSU tatsächlich an Mut zur sachlichen Auseinandersetzung in den eigenen Reihen fehlen, von der sachlichen Kontroverse mit der Öffentlichkeit, die innerparteiliche Lebendigkeit zur Voraussetzung hat, ganz zu schweigen. Aus diesem Aufruf Geisslers und aus den Produkten der "Union" in den letzten Monaten kann nur gefolgert werden, daß Mehrheitsentscheidungen, wo irgend möglich, ausgewichen wird, weil das Diktat von Strauß ein größeres Übel ist als der Verzicht auf Entscheidungen in der CDU/CSU. So erklärt sich vielleicht auch der auffällige Mangel parlamentarischer Initiativen der formalen Einheit "CDU/CSU-Bundestagsfraktion". Stattdessen ergießt sich aus der Fraktion ein Schwall von Anfragen, in denen die ungeklärten Meinungsverschiedenheiten der CDU/CSU verpackt sind. Kreuth ist eben nicht überwunden, wie Kohl glauben machen möchte. Sein Generalsekretär hat ihn dementiert: Kreuth wirkt nach und kann jederzeit wieder in Szene gesetzt werden.

(-/2.5.1977/ka/ben)

+ + +

Explosion findet nicht statt

Anmerkungen zu einer "Enthüllung" des "Spiegel"

Von Norbert Gansel MdB

Obmann der Landesgruppe Schleswig-Holstein der SPD-Bundestagsfraktion

Der "Spiegel" hat seine Ohren überall, auch dort, wo noch keine Wägen hingelangen. Bieweilen operiert er nicht glücklicher als die von ihm verspotteten Dienststellen. Es gibt Ausfälle und Störgeräusche, auch inkompetente Informanten. Da muß dann die Phantasie herhalten, einen auflageträglichen Verdacht zu untermauern. Und wenn nach erprobtem Muster nur in eine Richtung ermittelt wird, dann kommen schon ein paar Tatsachen zusammen, die in rechten Zusammenhang gebracht, nach Umsturz riechen. Man muß allerdings anerkennen, daß die Spiegel-Dossiers veröffentlicht werden, da gibt es keine Geheimnistuerei. Der "Spiegel" ist eben doch eine informative Zeitschrift. Und wer das bestreitet,...

Dennoch!

An seiner Veröffentlichung über einen "Kieler Putsch-Plan" ist fast alles falsch, bis auf die Tatsache, daß der SPD-Landesvorstand mit den schleswig-holsteinischen Abgeordneten die anstehenden Haushaltsentscheidungen erörtert hat. Die Sitzung war nicht geheim, wie der "Spiegel" behauptet. Der Landesvorstand hat in der Sitzung folgenden einstimmigen Beschluß gefaßt:

"Der Landesvorstand bekräftigt seine Beschlüsse zur aktiven Denkpause zur Kernenergie. Der Landesvorstand bittet die Bundestagsabgeordneten, diese Position durch die Fraktion umzusetzen. Der Landesvorstand unterstützt die Bundestagsabgeordneten in ihrem Bemühen, keine Haushaltsentscheidung zu fördern, die einen Ausbau der Kernenergie, insbesondere der sog. 'Schnellen Brüter', festschreiben könnte."

Die schleswig-holsteinischen Abgeordneten haben in der vergangenen Woche die Umsetzung dieses Beschlusses durch die Fraktion in Gegenwart des

SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr diskutiert. Der Fraktionsvorsitzende wurde daraufhin gebeten, für eine der nächsten Fraktionsitzungen Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf auf die Tagesordnung zu setzen. Das ist ein ganz normaler Vorgang, der die Regierungsfähigkeit der sozialliberalen Koalition nicht tangiert.

Ein paar Tatsachen sollen zur Anreicherung der nächsten "Spiegel"-Story nachgereicht werden:

1/ Die Landesvorstandssitzung kam auf Bitten von Abgeordneten zustande, die in Anbetracht der Sicherheitsrisiken der Kernenergie ihre politischen Gewissensplagen mit dem Landesvorstand beraten wollten.

2/ Eine konkrete Empfehlung für das Abstimmungsverhalten hat der Landesvorstand nach gründlicher Diskussion abgelehnt. Als der Landesvorsitzende Jansen wegen einer öffentlichen Versammlung die Sitzung verlassen mußte, war noch offen, ob überhaupt ein Beschluß gefaßt werden würde.

3/ Wer wie die schleswig-holsteinische SPD der Energiepolitik der Bundesregierung kritisch gegenübersteht, muß auf sie einwirken und sie nicht etwa stürzen, denn eine CDU/CSU-Regierung würde den Ausbau der Kernenergie nur bedenkenlos forcieren.

4/ Der "Spiegel" wird die schleswig-holsteinischen Abgeordneten mit seinem Meinungsartikel nicht zu Blankovollmachten für die Energiepolitik der Bundesregierung provozieren. Sie werden ihre Kontroll- und Mitwirkungsrechte - wie vom Grundgesetz auferlegt - in Parteigremien und Verfassungsorganen wahrnehmen.

5/ Den "das da"-Herausgeber Jochen Steffen mit dem "Konkret"-Herausgeber Grealize und "Benneter-Hintermann" Albers auf "eine neue sozialistische Partei" anspielen zu lassen, kann nur "Spiegel"-Lesern vorgemacht werden. "das da" und "Konkret" liegen sich im Absatz und in der Politik seit langem in den Haaren. In der letzten "das-da"-Ausgabe verspottete Steffen Albers als "Nachbeter der Stawokap-Linie" und Benneter als "Esel" und "Rechtswelt", der sich "von bürgerlichen Journalisten... ausholen läßt".

Um "einen Rest von Glaubwürdigkeit zu erhalten" bleibt der SPD nach Meinung des "Spiegel" "keine etwas anderes übrig, als in Schleswig-Holstein hart durchzugreifen". - - Armer "Spiegel", bei ihm hält niemand mehr hartes Durchgreifen für erforderlich. (-/2.5.1977/ks/

+ + +

### Der Ruf nach Neuwahlen ist keine Alternative

In Berlin wie in Bonn hat die CDU außer Machtgelüsten nichts zu bieten

Zügig haben die Berliner Sozialdemokraten gehandelt und der Stadt einen neuen Regierenden Bürgermeister präsentiert. Nur knapp mehr als ein Wochenende brauchten sie, um den nach zehnjähriger Amtszeit ausscheidenden Klaus Schütz durch Dietrich Stobbe zu ersetzen und somit für einen nahtlosen Übergang in diesem nicht nur für Berlin, sondern für die Bundesrepublik eminent wichtigen Amt zu sorgen.

Widersprüchlich und kläglich erschien es dem erstaunten Publikum dagegen, als die CDU in Berlin und Bonn unisono nach Neuwahlen in Berlin rief. Die CDU war schlecht beraten, den Übergang von Schütz zu Stobbe zum Anlaß zu nehmen, um Berlin eine Krise aufschwätzen zu wollen. Dadurch wurde nur deutlich, daß die CDU bereit ist, das von Sozialdemokraten mühsam zu einer sicheren Stadt entwickelte Berlin zum Spielball ihrer Machtgelüste zu machen. Wer wie die CDU gleich nach Neuwahlen schreit, nur weil es einmal im politischen Getriebe knirscht, und wer dies noch dazu in Berlin tut, ohne jemals ernsthafte Alternativen für die Sicherung der Stadt nach innen und nach außen vorgelegt zu haben, der erweist dieser Stadt einen schlechten Dienst. Berlin braucht keinen "Hoppla jetzt kommt ich"-Regierenden, der das höchste Amt der Stadt für sich reklamiert, wenn die regierenden Sozialdemokraten kurzfristig etwas aus dem Tritt geraten. Berlin braucht Stabilität und Kontinuität. Beides hat die SPD übers Wochenende zurückgewonnen. Dietrich Stobbe wird die sozialdemokratische Berlinpolitik in enger Zusammenarbeit mit Bundeskanzler Helmut Schmidt fortsetzen; eine Politik, mit der Berlin bisher gut gefahren ist, garantierte Sicherheit erreicht hat und zu wirtschaftlicher Blüte gekommen ist.

Die CDU in Berlin - und nicht nur in Berlin - sollte sich nicht dazu verführen lassen, ähnlich wie der CSU-Landesgruppenvorsitzende in Bonn, Friedrich Zimmermann, darauf zu bauen, daß die Wähler schon deshalb gleich der CDU nachlaufen, nur weil sie mit den Sozialdemokraten nicht mehr so zufrieden sind wie in besseren Tagen. Verdrängerung allein reicht noch nicht zum Partnerwechsel. Zur Unzufriedenheit muß auch noch die sichtbare bessere Alternative kommen. Und die vermissen die Wähler heute bei der CDU in Berlin wie im Bund.

Es ist zu befürchten, daß die Zeit der bundesweiten Alternativlosigkeit der CDU auch über die ersten hundert Tage Helmut Kohls hinaus anhält. Einen deutlichen Hinweis in diese Richtung machte CSU-Zimmermann in der Fernsehsendung "Bonner Perspektiven" am Sonntagabend, als er meinte, daß eine Opposition in erster Linie von den Fehlern der Regierung Wählerstimmen profitiert und erst in zweiter Linie aufgrund eigener Leistungen. Dies ist Strauß, wie man ihn von Sonthofen her im Ohr hat: "...keine Rezepte etwas nennen..."

Kohls Einlassung in der gleichen Sendung, daß er demnächst zu allen Themen der Politik Antworten geben will, macht sich demgegenüber wie eine jener zahlreichen Hilflosigkeiten des CDU-Vorsitzenden aus. Er wird sie beim ersten vernehmlichen Räuspern aus Bayern verschämt wieder zu den Akten legen müssen.

Helmut G. Schmidt  
(-/2.5.1977/bgy/ca)

+ + +